

Polizei verhaftet Brandstifter

ZUG red. In den vergangenen zehn Tagen brannte es in Zug und Steinhäusern mehrfach. Nach intensiven Ermittlungen ist es den Zuger Strafverfolgungsbehörden gelungen, einen Tatverdächtigen zu verhaften. Die Festnahme des mutmasslichen Brandstifters erfolgte am Mittwochabend. In der Stadt Zug sowie in Steinhäusern war es zu mehreren Bränden gekommen. Der Brandstifter war zuvor jeweils in unverschlossene Kellerräume oder Garagen eingedrungen und hatte dort Gegenstände angezündet. Glücklicherweise wurden die Brände rasch entdeckt und gelöscht: Es wurde niemand verletzt. Der Sachschaden ist jedoch erheblich. Nach ersten Einvernahmen hat die Staatsanwaltschaft des Kantons Zug für den 22-Jährigen Untersuchungshaft beim Zwangsmassnahmengericht beantragt: «Das Motiv des jungen Täters ist noch nicht bekannt», so Judith Aklin von der Zuger Polizei.

Ausländische Autos kontrolliert

ZUG red. Zusammen mit der Eidgenössischen Zollverwaltung und dem Grenzschutzkorps hat die Zuger Polizei ausländische Fahrzeuge kontrolliert. Am Donnerstag wurden an der Sihlbruggstrasse in Baar 19 Autos überprüft. Im Fokus standen ausländische Fahrzeuglenker, die in der Schweiz wohnen, deren Fahrzeug aber noch im Ausland immatrikuliert ist. Diese entziehen sich so offener Bussengelder, allfälliger Verzeigungen bei Geschwindigkeitsübertretungen sowie der Strassenverkehrs- und Einfuhrsteuern. Bei der Kontrolle erfolgten drei Anzeigen wegen Verstössen gegen das Strassenverkehrsgesetz. Ein Autolenker musste vor Ort eine nicht bezahlte Busse von 250 Franken begleichen.

Der schwarze Sack ist tabu

LUZERN Die Kehrriechtabfuhr nimmt schwarze Abfallsäcke nicht mit – selbst wenn eine Sperrgutmarke drauf klebt. Und wussten Sie, dass man in Luzern kaputte Trinkgläser zum Ökiohof bringen muss?

YVES PORTMANN
yves.portmann@luzernerzeitung.ch

Markus Mühlebach aus Luzern staunte nicht schlecht, als er kürzlich bei einer Wohnungsräumung grössere Mengen Abfall entsorgen musste. Er steckte den Abfall in grosse, schwarze Abfallsäcke und klebte Sperrgutmarken drauf. Doch die Kehrriecher liessen die Säcke zurück, zusammen mit einem Aufkleber, wonach der Abfall nicht korrekt entsorgt worden sei. Grund: Sperrgutmarken sind nur für Sperrgut, nicht aber für normale Abfallsäcke zulässig. «Hätte ich das Sperrgut ohne Sack deponiert und mit einer Marke versehen, wäre das kein Problem gewesen. Das verstehe ich nicht – es landet ja sowieso alles im Lastwagen», sagt Mühlebach.

«Strikt bei der Durchsetzung»

Martin Zumstein ist der Vorsitzende der Geschäftsleitung des Luzerner Entsorgungsverbands Real und bestätigt das Vorgehen bei der Kehrriechsammlung: «Sperrgutmarken gehören auf Sperrgut und nicht auf Säcke mit anderen Abfällen. Hier sind wir strikt bei der Durchsetzung.» Beim Aufräumen sei es für die Mitarbeiter nicht möglich, jeden gewöhnlichen Abfallsack nach allfälligen Sperrgutmarken abzusuchen. Der Aufwand dafür wäre zu gross. Diese Schwierigkeit akzentuiert sich vor allem in Containern mit blauen Gebührensäcken. «Aus diesem Grund gibt es die blauen Gebührensäcke für Abfall und für Sperrgut entsprechende Gebührenmarken. Wir wollen die bei-



Abfallsäcke mit Sperrgutmarken werden vom Luzerner Abfallverband Real nicht akzeptiert.

Bild Nadia Schärli

den System klar voneinander trennen», erklärt Zumstein.

Falsch bereitgestellte Abfallsäcke würden mit einem Hinweiszettel versehen. «Werden von uns stehen gelassene Säcke nach der Sammlung nicht weggeräumt oder korrekt entsorgt, versuchen wir, den Verursacher zu eruieren», so Zumstein. Kann der Verursacher ermittelt werden, wird er schriftlich auf die

richtige Entsorgung aufmerksam gemacht. «Wir wollen, dass der Abfall korrekt entsorgt wird. Uns geht es nicht darum, jemanden zu schikanieren, sondern den richtigen Weg aufzuzeigen.» Hält sich eine Person wiederholt nicht an die Vorgaben von Real, werde eine Bearbeitungsgebühr nach Aufwand verrechnet. Aber so weit sei es noch nie gekommen, sagt Zumstein.

Überhaupt kommen Vorfälle mit schwarzen Abfallsäcken im Verbandsgebiet der 22 beteiligten Real-Gemeinden relativ selten vor. Das grössere Problem liegt gemäss Zumstein bei der Grüngutsammlung: «Immer wieder wird Grüngut in Plastiksäcken in die Container geworfen.» Ausserdem fänden Speiseabfälle, Knochen, Wattestäbchen und Pflanzen samt Töpfen den Weg in die Grüngutsammlung – dabei wären all diese Sachen nicht erlaubt. Real akzeptiert lediglich Kompost in Form von Rüst- und Gartenabfällen. Auch Kaffeesatz geht als Grüngut durch. Für die Weiterverarbeitung, etwa zu Komposterde, sei die manuelle Entfernung von Verunreinigungen sehr mühsam und kostspielig, sagt Zumstein. «Das grösste Problem ist aber, dass durch verunreinigte Komposterde die Böden mit Kunststoffteilchen belastet werden», so Zumstein. Für das kommende Jahr sei deshalb eine entsprechende Sensibilisierungskampagne geplant.

Bleihaltige Trinkgläser

Auch bei der Glasentsorgung kommt es gemäss Martin Zumstein immer wieder zu Verunreinigungen – wohl unbewusst. Denn was viele nicht wissen: Muss etwa ein zerbrochenes Trinkglas entsorgt werden, darf dieses nicht im Glascontainer landen. «Trinkgläsern ist im Gegensatz etwa zu Weinflaschen Blei beigemischt, und dies führt bei der Wiederverwertung zu Problemen», erklärt Zumstein. Deshalb müssten Trinkgläser genauso wie Spiegel oder Fensterglas korrekterweise im Ökiohof entsorgt werden. Dass kaputte Trinkgläser nicht in den Glascontainer gehören, entspricht auch den Richtlinien des Verbands Swiss Recycling. Dort ist übrigens auch festgehalten, dass man Flaschen vor dem Entsorgen ausspülen soll. Und dass bunte Gläser, die sich nicht den Farben grün, weiss oder braun zuordnen lassen, im grünen Glascontainer entsorgt werden sollen.

HINWEIS

Mehr Informationen rund um Abfallentsorgung: www.real-luzern.ch, www.swissrecycling.ch

FORUM

Wie man die Probleme der Zukunft löst

Zur Initiative «Für einen flüssigen Verkehr in der Innenstadt», Abstimmung in der Stadt Luzern am 15. November

Diese Zeitung hat berichtet, dass die Shoppingcenter aufrüsten und dass zum Beispiel bei jenem in Emmen ein möglicher Umbau ins Auge gefasst wird. 2017 wird in Ebikon die Mall of Switzerland eröffnet, was den Geschäften in der Stadt Luzern längst Kopfzerbrechen bereitet. Kein Wunder, denn in der Innenstadt verschwinden laufend mehr Parkplätze. Im Interview gab Stadtrat Adrian Borgula zu, dass 50 bis 100 Prozent der Parkplätze kompensiert würden, wenn das Parkhaus Musegg gebaut würde. Viele Besucher, die aus der Umgebung zum Einkaufen und für anderes in die Stadt kommen, möchten dafür nicht den ÖV benutzen oder zumindest nicht dazu gezwungen werden. Der ÖV ist längst nicht von überall her so bequem, wie die Befürworter des stadträtlichen Verkehrsregimes stets betonen. Die Anliegen der Initiative machen Sinn. Sie möchte mehr Parkmöglichkeiten schaffen, vorzugsweise an den Aussengrenzen. So liesse sich mindestens der Durchgangs- und Suchverkehr beträchtlich reduzieren.

YVONNE RUCKLI, VIZEPRÄSIDENTIN

JUNGFREISINNIGE KANTON LUZERN, LUZERN

Der Stadtrat will den privaten Autoverkehr weiter einschränken. Gleichzeitig hat die Stadt Luzern nicht den Mut, Lösungen für die Zukunft zu unterstützen. Ein Parkhaus am Rand der Stadt mit Zu- und Abfahrten auf die Autobahn und Metroverbindung in das Zentrum wäre eine grosse Entlastung für die Stadt. Eine solche Parkhauslösung würde auch den Unternehmen in der Stadt helfen, die heute kaum mehr erreichbar sind. In Ebikon wird gerade eines der grössten Shoppingcenter der Schweiz mit 1600 günstigen Parkplätzen erstellt, während in der Stadt laufend Parkplätze abgebaut werden. Auch die Touristen werden sich kaum davon abbringen

lassen, weiter mit dem Car oder dem Auto in die Stadt zu fahren. So kommen zum Beispiel rund 70 Prozent aller deutschen Touristen mit dem Auto zu uns in die Ferien. Luzern sollte nicht nur die Probleme von gestern lösen, sondern auch die zukünftigen. Es braucht ein Ja zur Initiative.

HEINZ WITTH, LUZERN

«Die Stadt wächst. Mehr Wohnungen, mehr Unternehmen, mehr Frei- und Grünräume». So lautet ein Titel in der jüngsten Ausgabe des «Stadtluzerner Magazins». Diese Entwicklung ist begrüssenswert. Doch muss auch der Verkehr angemessen wachsen können. Ein städtisches Reglement schreibt jedoch vor, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) auf das Niveau von 2010 begrenzt werden muss. An das städtische Wachstum sind Projekte wie das Parkhaus Musegg, die Metro und der Grosskreisel, aber auch der Durchgangsbahnhof und die Halle Modulable gekoppelt. Doch was nützen uns solche Bauten, wenn sie nicht mit dem Auto erreichbar sind? Oder oberirdisch umgehend gleich viele Parkplätze abgebaut wie in den Parkhäusern neue geschaffen werden? Die Initiative «Für einen flüssigen Verkehr» sieht vor, die starre Plafonierung aus dem Jahr 2010 für den motorisierten Individualverkehr aufzuheben. Gewiss: Der TCS hätte einen bürgerlichen Schulterschluss mit einem Gegenvorschlag favorisiert, doch haben es die Parteien und Behörden – ganz im Gegensatz zu 2010 – verpasst, einen gemeinsamen Mittelweg auszuarbeiten. In der Konsequenz unterstützt der TCS die Initiative, denn: Die Stadt muss für alle, sprich den privaten und wirtschaftlichen Verkehr sowie für Auswärtige und Einheimische, gut erreichbar bleiben.

ALEX MATHIS, GESCHÄFTSFÜHRER TCS SEKTION WALDSTÄTTE, LUZERN

Die Bevölkerung in Luzern wächst. Mehr Menschen bedeuten aber auch mehr Verkehr – öffentlichen und priva-

ten. Und genau das scheint der Stadtrat in seiner Rechnung nicht zu berücksichtigen. Er will den motorisierten Individualverkehr auf den Stand von 2010 zurückschrauben. Die Massnahmen, die er dafür bereits eingeleitet hat oder noch einführen wird, lassen eine klare ideologische Stossrichtung erkennen: ÖV und Velo-Verkehr werden gefördert, der Automobilist wird immer stärker behindert und abgedrängt. Deshalb erhebt die SVP in ihrer Verkehrsinitiative die plausible Forderung nach einem massvollen Mitwachsen der Infrastruktur.

Um dieses Wachstum wirksam aufzufangen, braucht es jedoch weitsichtige, grossräumige Lösungen. So müssen Umfahrungsstrassen vorangetrieben werden, um die Stadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

SONJA DÖBELI STIRNEMANN, FRAKTIONSCHEFIN FDP STADT LUZERN

Nicht nur in Luzern, sondern auch in anderen Städten staut sich der Verkehr. So auch im Grossraum der amerikanischen Hauptstadt Washington. Doch seit Jahren gibt es dort eine umweltfreundliche Methode, schneller durch den Stau zu kommen: Slug-Line, zu deutsch: Pendeln per Anhalter. Auf bestimmten Parkplätzen in der Agglomeration warten Pendler, bis sie von einem Personewagen mitgenommen werden, der in die Hauptstadt fährt. Eine Win-win-Situation, denn der Pendler fährt gratis mit, und dadurch kommen beide schneller voran, da es spezielle Express-Spuren gibt, die nur von Autos mit mindestens zwei Insassen befahren werden dürfen. Zusätzlich profitiert die Umwelt. Die Idee wäre es wert, dass man sie für Luzerner Verhältnisse prüft und gegebenenfalls anpasst. So könnten die separaten Busspuren im Normalbetrieb auch als Express-Spuren für mehrfach besetzte Autos genutzt werden, im Notfall müssten sie den Weg freimachen für Ambulanzen, Feuerwehr und Polizei.

HEIDI KOCH, DR. MED., EBIKON

Kinder und Eltern profitieren

Zur Initiative «Ergänzungsleistungen für Familien», Abstimmung im Kanton Luzern am 15. November

Zahlreiche Familien mit Kindern sind auch in unserem Kanton von Armut betroffen. Das müsste nicht so bleiben. Die Volksinitiative der Luzerner Grünen will mithelfen, die Kinder aus solchen Familien zu fördern und die Eltern zu stützen. Mehrere Kantone kennen diese Einrichtung bereits.

An einem Podium zum Thema zeigte Claudia Hänzi, ChefIn des Amtes für soziale Sicherheit des Kantons Solothurn, wie ihr Kanton dieses Anliegen umsetzt. Die betroffenen Kinder und ihre Eltern profitieren, und die Behörden können erst noch administrative Kosten sparen. Das Führen der Dossiers sei via Ergänzungsleistungen viel günstiger als über die Sozialhilfe, erklärte Frau Hänzi. Ein Ja verbessert die Chancen der Kinder aus armen Familien im Kanton Luzern. Das nützt ihnen und der ganzen Gesellschaft.

LOUIS SCHELBERT, NATIONALRAT GRÜNE, LUZERN

Das verunsichert

«Weltgesundheitsorganisation: Warnung vor Fleischverzehr», Ausgabe vom 27. Oktober

Mit der Meldung, der Verzehr von Wurst und Schinken erzeuge Krebs, macht die Weltgesundheitsorganisation viele Menschen unsicher und eventuell sogar gesunde Menschen krank.

EMIL KRAPP, GEUENSEE



Gefallen

Es fällt auf und gefällt, dieses gefallene Blatt mit seiner violetten Unterseite im dunklen Kraut.

Leserbild Petra Jung, Hämikon